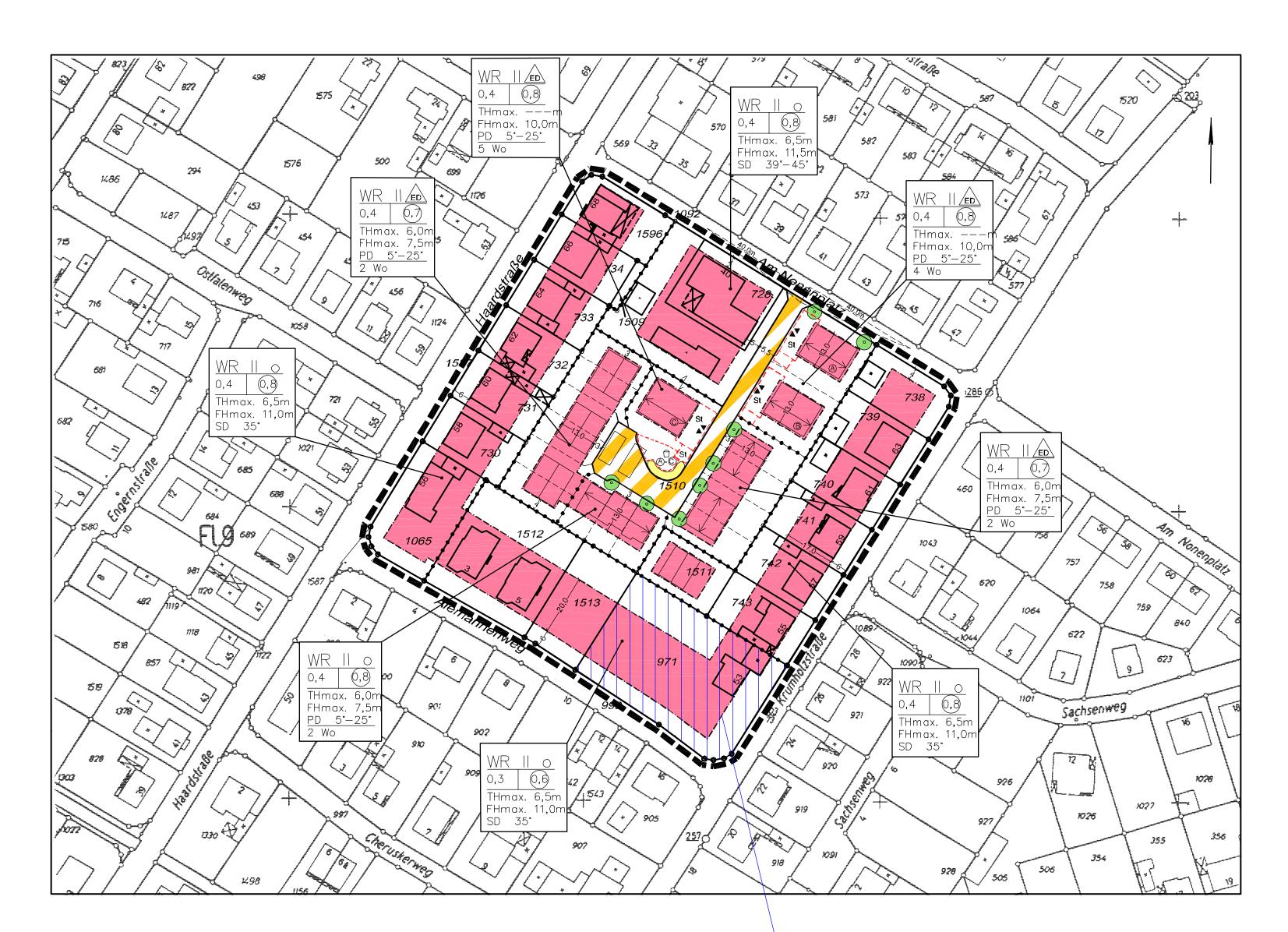
# Stadt Rheda-Wiedenbrück Bebauungsplan Nr. 350 "Am Nonenplatz"



blau = Aufgehoben am 05.05.2006 durch 1. Änderung

Aufstellungsbeschluß gemäß § 2(1) BauGB	Frühzeitige Bürger- und TÖB- Beteiligung gemäß §§ 3(1), 4 BauGB	Öffentliche Auslegung gemäß § 3(2) BauGB	Satzungsbeschluß gemäß § 10(1) BauGB	Bekanntmachung gemäß § 10(3) BauGB	Plangrundlage
Der Bau-, Planungs- und Verkehrs- ausschuß der Stadt Rheda- Wiedenbrück hat gemäß § 2(1)BauGB in seiner Sitzung am 27.06.2000 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen. Dieser Beschluß ist am 26.09.2000 ortsüblich bekanntgemacht worden.  Rheda-Wiedenbrück, den gez. Berenbrinck	machung am 31.03.2000 wurde die frühzeitige Information und Beteiligung der Bürger gemäß § 3(1) BauGB durchgeführt  Die Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 09.05.2000 gemäß § 4(1) BauGB beteiligt.	ausschuß hat am 07.09.2000 den	Stadt Rheda-Wiedenbrück gemäß § 10(1) BauGB am 18.12.2000 mit seinen planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.	als Satzung gemäß § 10(1) BauGB ist	Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der PlanzV 90 vom 18.12.1990. Stand der Planunterlage im beplanten Bereich: 30.09.2000 (bzgl. Bebauung) 30.09.2000 (bzgl. Flurstücksnachweis) Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist - i.V. mit dem digitalen Planungsdaten-Bestand (hier: DXF-Datei) als Bestandteil dieses Bebauungsplanes - geometrisch eindeutig.
Ratsmitglied	Bürgermeister	Bürgermeister	Ratsmitglied	Bürgermeister	Gez. Bureick Vermessungsbürg Dint -Ing. Bureick

#### Zeichenerklärung und textliche Festsetzungen

#### A. Rechtsgrundlagen der Planung

Baugesetzbuch (BauGB): Neufassung des BauGB vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141); Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466);

Planzeichenverordnung (PlanzV´90) vom 18.12.1990 (BGBI. I 1991 S. 58); Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG): Neufassung vom 21.09.1998 (BGBl. I S. 2994); Landesbauordnung (BauO NW): § 9(4) BauGB i.V.m. § 86 der Bauordnung NW in der Fassung der 2. Änderung vom 09.11.1999 (GV.NW S. 622);

Landeswassergesetz (LWG NW): Neufassung vom 25.06.1995 (GV.NW. S. 926); Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der zur Zeit geltenden Fassung.

# B. Festsetzungen und Planzeichen gemäß § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

### Art der baulichen Nutzung und Beschränkung der Zahl der Wohnungen (§ 9(1) Nr. 1, 6 BauGB) 1.1 Reines Wohngebiet gemäß § 3 BauNVO 1.2 Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden (§ 9(1) Nr. 6 BauGB): zulässig sind in den bezeichneten Teilbauflächen des WR maximal 2 Wo - 2 Wohnungen je Wohngebäude oder je Doppel-/Reihenhauseinheit, 4 Wo - 4 Wohnungen je Wohngebäude bzw. 2 Wo. je Doppelhaushälfte, - 5 Wohnungen je Wohngebäude bzw. 2 Wo. je Doppelhaushälfte. Maß der baulichen Nutzung (§ 9(1) Nr. 1 BauGB) 2.1 Grundflächenzahl GRZ, Höchstmaß (§ 19 BauNVO), z.B. 0,4 0,8 2.2 Geschossflächenzahl GFZ, Höchstmaß (§ 20 BauNVO), z.B. 0,8 2.3 Zahl der Vollgeschosse Z (§ 20 BauNVO), Höchstmaß, hier II 2.4 Höhe baulicher Anlagen (§ 18 BauNVO) in Meter über Bezugshöhe Oberkante Fahrbahn/Gehweg; Berechnung je Baugrundstück: Mittelwert der Oberkante Fahrbahn/Gehweg in Höhe der 2 Grundstückseckpunkte mit der Begrenzungslinie der Erschließungsstraße. Bei Eckgrundstücken gilt jeweils die längere Grundstücksseite, bei Eckausrundungen ist der mittlere Punkt festzulegen. 2.4.1 maximal zulässige Traufhöhe in Meter (= Schnittkante der Außenfläche der Außenwand mit der Oberkante der Dachhaut) **2.4.2 maximal zulässige Firsthöhe in Meter** (= Oberkante First) B. Bauweise; überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen sowie Stellung baulicher Anlagen (§ 9(1) Nr. 2 BauGB) 3.1 Bauweise (§ 22 BauNVO): 3.1.1 offene Bauweise 3.1.2 offene Bauweise, nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig 3.2 überbaubare Grundstücksfläche gemäß § 23 BauNVO = durch Baugrenzen umgrenzter Bereich - nicht überbaubare Grundstücksfläche 3.2.1 Einschränkung nach § 23(5) BauNVO für Garagen und Carports: diese müssen auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen im Zufahrtsbereich mindestens 5 m Abstand zur Straßenbegrenzungslinie einhalten. Seitlich ist mindestens 1 m Abstand hiervon einzuhalten, der nach § 9 (1) 25 BauGB mit standortheimischen Gehölzen z.B. als Hecke oder mit dauerhafter Fassadenbegrünung zu bepflanzen ist. 3.3 Hauptfirstrichtung und Gebäudelängsachse der Hauptbaukörper $\longleftrightarrow$ 4. Verkehrsflächen (§ 9(1) Nr. 11 BauGB) 4.1 Straßenbegrenzungslinie 4.2 öffentliche Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, hier: verkehrsberuhigter Bereich 5. Anpflanzung von Bäumen (§ 9(1) Nr. 25a BauGB) Standortheimische Bäume (Stammumfang mind. 16-18 cm); der Standort kann bei notwendigen Zufahrten um maximal 2 m verschoben werden (empfohlene Arten: Eberesche, Feldahorn, Hainbuche). 6. Sonstige Planzeichen und Festsetzungen 6.1 Flächen für Stellplätze und Gemeinschaftsanlagen: **6.1.1 Stellplatzanlagen**, tlw. mit Sammelzufahrt (§ 9(1) Nr. 4 BauGB); Carports können als Ausnahme i.V.m. § 86 BauO NW zugelassen werden, geschlossene Garagen i.S. der GarVO sind unzulässig. Sind Stellplatzflächen auf den Grundstücken festgesetzt, sind Stellplätze nur auf diesen und innerhalb der Baugrenzen zulässig; Ausnahmen können unter Wahrung der Planungsziele zugelassen werden. Sonstige Nebenanlagen wie z.B. Fahrradschuppen bleiben zulässig. **6.1.2 Kinderspielfläche** als Gemeinschaftsanlage mit Zuordnung zu den angrenzenden Baugrundstücken A, B, C (§ 9(1) Nr. 22 BauGB) 6.2 Fläche für die Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser (§ 9 (1) Nr. 14 BauGB), hier: Versickerungsanlage **6.3 Sichtfelder** sind von Sichtbehinderungen in einer Höhe von 0,8 bis 2,5 m über Fahrbahnoberkante freizuhalten (§ 9(1) Nr. 10 BauGB) 6.4 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (§ 9(7) BauGB)

6.5 Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen oder Abgrenzung des

6.7 Fest set zung gemäß § 51a(3) Landes wassergesetz i.V.m. § 9(4) BauGB: nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser

von Dachflächen ist - soweit nicht als Brauchwasser genutzt - auf den Baugrundstücken zu versickern (vgl. ATV-Arbeitsblatt A 138). Eine Schachtversickerung ist nicht zulässig. In Abstimmung mit der Stadt sind, Notüberläufe in das öffentliche Entwässerungsnetz vor-

Das Plangebiet liegt in Zone III A des Wasserschutzgebietes der

Stadt Rheda-Wiedenbrück, die Ge- und Verbote der Schutzgebiets-

6.8 Nachrichtliche Übernahmen gemäß § 9 (6) BauGB:

verordnung vom 24.06.1985 sind zu beachten.

Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes

6.6 Maßangaben in Meter

#### C. Festsetzungen gemäß § 86 BauO NW in Verbindung mit § 9(4) BauGB - örtliche Bauvorschriften -

#### 1. Gestaltung baulicher Anlagen gemäß § 86(1) Nr. 1 BauO NW

- 1.1 Dachform und -neigung der Hauptbaukörper gemäß Eintrag in der Plankarte:
- a) Satteldach (SD) (Krüppelwalmdach unzulässig) mit z.B. 39°-45° Dachneigung, Pultdach (PD) mit 5°-25° Dachneigung;
- b) bei Nebendächern auch abweichende Dachneigungen zulässig.

#### 1.2 Dachaufbauten und Dacheinschnitte, Dachgestaltung:

- a) Dachaufbauten sind erst ab Dachneigungen von 35° zulässig.
- b) Alle über der Traufe angeordneten Bauteile (Gauben, Zwerchgiebel etc.) dürfen in ihrer Gesamtlänge 50 % der jeweiligen Traufenlänge nicht überschreiten, Einzelanlagen werden zusammengerechnet; Abstand vom Ortgang mindestens 1,5 m.
- c) Firstoberkante von Nebendächern: mindestens 0,5 m unterhalb Ok Hauptfirst.
- d) Dacheindeckung des Hauptdachs ab einer Dachneigung von 20°: zulässig sind Betondachsteine oder Tonziegel in roten bis braunen Farben oder in den Farben von anthrazit bis schwarz (Abgrenzung zu grau in Anlehnung an das RAL-Farbregister: zulässig sind Farben gleich oder dunkler als RAL 7016 anthrazitgrau). Extensive Dachbegrünungen und Solaranlagen sind jedoch ausdrücklich zulässig.
- **1.3** Die **zulässige Sockelhöhe** darf maximal 0,6 m über der Bezugshöhe betragen. (= Oberkante EG-Fertigfußboden über Bezugshöhe nach § 9(1) Nr. 1 BauGB).

1.4 Abweichungen von den Vorschriften 1.1-1.3 können zugelassen werden, wenn der Bestand oder die jeweils sinnvolle Anpassung von Anbauten dieses erfordern.

#### 2. Gestaltungs- und Bepflanzungsvorschriften gemäß § 86(1) Nr. 4, 5 BauO NW

## 2.1 Stellplätze, Stellplatzanlagen

- a) Stellplatz-Sammelanlagen ab 4 Stellplätze sind durch eine gemeinsame Zufahrt an die Verkehrsflächen anzubinden, Abweichungen können zugelassen werden. Zwischen Stellplatz-Sammelanlagen gemäß § 9(1)Nr. 4 BauGB und Verkehrsflächen ist ein Streifen von mind. 0,8 m freizuhalten und mit Ausnahme notwendiger Zufahrten und Zugänge mit Schnitt-Laubhecken einzugrünen.
- b) Pkw-Sammelanlagen ab 4 Stellplätze sind zu begrünen: für jeweils angefangene 4 Stellplätze ist zwischen oder neben diesen mindestens 1 standortheimischer Laubbaum (Stammumfang 14-16 cm) in Baumscheiben oder Pflanzstreifen von mindestens 5 m² zu pflanzen. Gemäß § (1)25 BauGB angrenzend zu pflanzende Bäume können hierbei angerechnet werden.
- c) Pkw-Parkstände sind mit kleinteiligen Materialien (Kantenlänge bis 15x25 cm) wie z.B. Pflaster mit hohem Fugenanteil, Rasengitter, Schotterrasen o.ä. zu gestalten. Hinweise: o.g. Materialien werden auch für Zufahrten, Wege etc. empfohlen. Auf wasserdurchlässigen Flächen dürfen nur zugelassene Kfz geparkt werden; Kfz-Pflegearbeiten sind i.S. des Grundwasserschutzes unzulässig.
- 2.2 Standplätze für Abfallbehälter sind mit standortgerechten Laubgehölzen einzugrünen, Kombinationen mit begrünten Rankgerüsten sind zulässig.

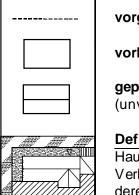
### 2.3 Einfriedungen

- a) Einfriedungen sind nur als standortgerechte Laubhecken zulässig. Innerhalb dieser oder rückwärtig zur Gartenseite sind Kombinationen mit Drahtgeflecht oder Holz möglich, die aber mindestens 0,5 m von Straßenverkehrsflächen abgesetzt sein müssen. Vorschläge für Schnitthecken: Hainbuche, Weißdorn, Liguster, Buchsbaum
- b) In Vorgärten sind entlang der Straßenverkehrsflächen Einfriedungen einschließlich der seitlichen Einfriedung der Vorgärten nur bis zu einer Höhe von maximal 0,8 m über Straßenoberkante bzw. Geländeniveau zulässig.

# 3. Ausdrückliche Empfehlungen und Hinweise:

- a) In allen Zweifelsfällen (z.B. hinsichtlich Dachfarbe, Stellplatzanlagen) wird eine frühzeitige Abstimmung mit dem Bauordnungsamt der Stadt empfohlen.
- b) Abweichungen von örtlichen Bauvorschriften richten sich nach § 73 BauO NW.
- c) Zuwiderhandlungen gegen örtliche Bauvorschriften sind Ordnungswidrigkeiten i.S. des § 84 Bußgeldvorschriften und können entsprechend geahndet werden.

#### D. Katasteramtliche und sonstige Darstellungen ohne Festsetzungscharakter



123

vorhandene Grundstücks- und Wegeparzellen mit Flurstücksnummern

vorgeschlagene Grundstücksgrenzen und Zufahrten (unverbindlich)

vorhandene Gebäude

geplante Gebäude mit vorgeschlagener Hauptfirstrichtung (unverbindlich, soweit nicht gemäß § 9(1) Nr 2 BauGB festgesetzt)

**Definition** "Vorgarten": nicht überbaute Grundstücksfläche zwischen Hauseingangsbereich einschließlich angrenzender Schmalseiten und Verkehrsflächen = halböffentlicher Übergangsbereich entlang vorderer Baugrenzen mit einem Abstand von i.d.R. 3-5 m zur Planstraße (Prinzipskizze mit Abgrenzung zum priv. "Wohngarten" WG).

#### E. Sonstige Hinweise

- Bäume I. Ordnung, Auswahl:

1. Bebauungsplan Nr.6: Die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 350 ersetzen mit Inkrafttreten insgesamt im überplanten Teilbereich die bisher rechtsverbindlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 6 "Haardstraße-Am Nonenplatz"

2. Bodendenkmale: Werden bei Erdarbeiten kultur- und erdgeschichtliche Bodenfunde entdeckt (Tonscherben, Metallfunde, Bodenverfärbungen, Knochen etc.), ist gemäß Denkmalschutzgesetz NW die Entdeckung sofort der Stadt oder dem Amt für Bodendenkmalpflege, Bielefeld (Tel. 0521/5200250) anzuzeigen und die Entdeckungsstätte 3 Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten.

3. Altlasten: Im Altlastenkataster des Kreises Gütersloh ist für das Plangebiet keine Altablagerung verzeichnet; der Bereich wurde jedoch gewerblich genutzt, der Gebäudebestand ist abgerissen worden. Bei Erdarbeiten ist auf Auffälligkeiten -Gerüche, Verfärbungen, Abfallstoffe etc. - im Bodenkörper zu achten. Falls derartige Auffälligkeiten angetroffen werden, ist die untere Abfallwirtschaftsbehörde des Kreises Gütersloh (Tel.: 05241/85-2740) umgehend zu benachrichtigen.

4. Begrünung und Pflanzliste: Zur Bepflanzung sind i.w. standortheimische und kulturhistorisch bedeutsame Bäume und Sträucher zu verwenden. Fassadenbegrünungen und extensive Dachbegrünungen werden ausdrücklich empfohlen, u.a. bei Garagen (bei Grenzgaragen: nachbarliche Abstimmung!):

- Bäume II. u. III. Ordnung, Auswahl:

Fraxinus excelsion Eberesche Sorbus aucuparia Sand-Birke Betula pendula Feldahorn Acer campestre Carpinus betulus Stiel-Eiche Quercus robur Hainbuche Walnuß Juglans regia Traubenkirsche Prunus padus Winterlinde Tilia cordata Vogelkirsche Prunus avium Sträucher, Auswahl: Beerenobst div. Schlehe Prunus spinosa Rubus fruticosus Brombeere Schw. Holunder Sambucus nigra

Haselnuß Corylus avellana Gem. Schneeball Viburnum opulus Kornelkirsche Cornus mas Weißdorn Crataegus monog. - Gehölze für Einfriedungen, z.B.: Buxus sempervirens

Buchsbaum Ligustrum vulgare Rot-Buche Pyracantha coccinea Fagus sylvatica Carpinus betulus Crataegus monog.

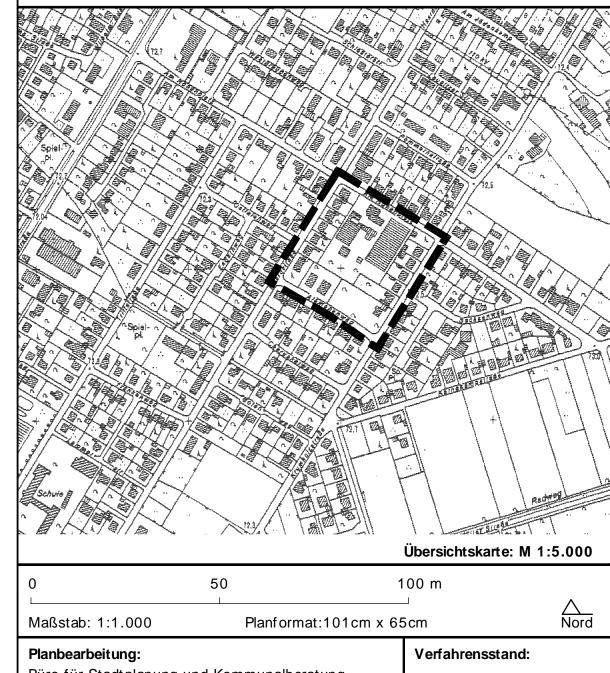
#### 5. Füllschema der Nutzungsschablone:

Zahl der Vollgeschosse, 0,4 Geschossflächenzahl Grundflächenzahl **TH**max. 6,0 m Traufhöhe Firsthöhe **FH**max. 7,5 m PD 5° -25° Dachform/-neigung Zahl der Wohnungen 2 Wo

Der Bebauungsplan Nr. 350 ersetzt mit Inkrafttreten im festgesetzten Änderungsbereich insgesamt die bisher rechtsverbindlichen Festsetzungen des alten Bebauungsplanes Nr. 6 "Haardstraße/Nonenplatz"

# STADT RHEDA-WIEDENBRÜCK: BEBAUUNGSPLAN NR. 350

"AM NONENPLATZ"



Satzung Bearb.: Ti/Be

Gez.: Pr

Büro für Stadtplanung und Kommunalberatung - R. Nagelmann und D. Tischmann -Berliner Straße 22, 33378 Rheda-Wiedenbrück Telefon 05242/49939, Fax. 05242/400836